Italien

ROMAN MARUHN

Im dritten Amtsjahr der Regierung Berlusconi II fällt die europapolitische Bilanz Italiens kritisch aus. Nach dem Wahlsieg 2001 setzte bereits eine erste Phase der Distanzierung der neuen Regierung in Rom gegenüber der Europäischen Union (EU) ein, die sich allerdings im Jahr 2002 weitgehend in einem von Rom als pragmatisch bezeichneten Integrationskurs stabilisierte. Mit der Irakkrise 2002/2003 schlugen die internationalen Spannungen allerdings auch auf die EU zurück. Die Frage der Positionierung gegenüber dem neuen Ansatz in der internationalen Politik der Bush-Regierung führte zum Aufbrechen von Konfliktlinien einerseits innerhalb der EU und andererseits zwischen EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsstaaten.

Als die Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Rom näher rückte, handelte die italienische Regierung unerwartet: Anstatt sich auf die üblicherweise neutrale Position des Ratsvorsitzes zurückzuziehen, um die Umsetzung der Präsidentschaftsagenda weitgehend garantieren zu können, agierte Rom wenig diplomatisch mit als kontraproduktiv zu wertenden Vorstößen, wie etwa der Idee, Russland eine EU-Beitrittsperspektive zu vermitteln.

Quasi am Vorabend der Präsidentschaft gelang es Berlusconi, durch ein neues Immunitätsgesetz ein gegen ihn laufendes Strafverfahren einzustellen, was ihn in der Öffentlichkeit zwar aus dem Dilemma befreite, während des Ratsvorsitzes in ein Gerichtsverfahren verwickelt zu sein. Dennoch verfestigte sich der allgemeine Eindruck, dass in Italien wiederum ein Gesetz beschlossen wurde, das allein dem Ministerpräsidenten zu Gute kommt.

Am 2. Juli 2003, dem zweiten Tag der italienischen Ratspräsidentschaft, kam es bei der Vorstellung des Programms des Ratsvorsitzes im Europäischen Parlament zum Eklat. Auf drei kritische europapolitische Fragen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPE, Martin Schulz, reagierte Berlusconi mit der von ihm nachträglich als ironisch bezeichneten Äußerung, Schulz könne die Rolle des Kapos in einem Film über Konzentrationslager übernehmen, der gerade in Italien produziert werde. In den folgenden italienisch-deutschen Spannungen,[1] verlangten Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Präsident des Europäischen Parlaments Pat Cox jeweils Entschuldigungen von Berlusconi, wobei unklar bleibt, ob der italienische Ministerpräsident seine Äußerung nur bedauert oder sich für sie auch entschuldigt hat. Berlusconis Verhalten vor dem Europäischen Parlament traf auch auf die Kritik seines wichtigsten Koalitionspartners Gianfranco Fini von der Alleanza Nazionale (AN).

Die EU-Ratspräsidentschaft: Anspruch und Wirklichkeit

Die Prioritäten der italienischen Ratspräsidentschaft wurden der Öffentlichkeit spät präsentiert: Auf der Homepage der Präsidentschaft waren sie erst am Nachmittag des 1. Juli 2003 abrufbar. Bereits Ende 2002 legten Griechenland, das den Ratsvorsitz in der ersten Hälfte 2003 innehatte, und Italien allerdings ihr gemeinsames Arbeitsprogramm für 2003[2] vor. Dieses Programm enthält allerdings nur die abzuarbeitenden Punkte der EU im Allgemeinen und keine Prioritäten der jeweiligen Präsidentschaften im eigentlichen Sinn. In einer knappen Rede vor der italienischen Abgeordnetenkammer am 26. Juni 2003[3] stellte Ministerpräsident Berlusconi das Programm der italienischen Präsidentschaft[4] vor:

- Eröffnung und Durchführung der Regierungskonferenz über die Europäische Verfassung
- Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zur EU am 1. Mai 2004
- Vorbereitung des Beitritts Bulgariens, Rumäniens und der Türkei zur EU
- Erarbeitung einer Beitrittsperspektive für die Staaten des westlichen Balkans
- Neue Dynamik für den Binnenmarkt durch den Ausbau transeuropäischer Infrastrukturnetze[5]
- Stärkung der Außenbeziehungen der EU unter besonderer Berücksichtigung der transatlantischen Beziehungen sowie der Beziehungen mit den Ländern des Mittelmeerraums und des Westbalkans
- Kampf gegen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
- Zusammenarbeit bei Sicherheit, Asyl und Einwanderung
- Stärkung der Europäischen Union als Wachstums- und Wohlstandsfaktor
- Ausgestaltung des „Wider Europe"-Konzepts zur Einbindung der Nachbarstaaten der erweiterten EU
- Reform der europäischen Sozial- und Rentenversicherungssysteme

Diese Agenda lässt sich zweiteilen in europäische Projekte, die sich ohnehin in einem eigendynamischen Prozess befinden, wie die Regierungskonferenz und der Erweiterungsprozess, und in nationale, italienische Projekte, die über die Ratspräsidentschaft auf die europäische Ebene gehoben werden sollen. Hier handelt es sich um den Versuch, einerseits Italiens Interessen und Positionen stärker im europäischen Kontext zu artikulieren und andererseits innenpolitische Probleme, die die Regierung Berlusconi im nationalen Alleingang nicht bewältigt, im europäischen Rahmen lösen zu wollen: Dazu gehört in erster Linie die Frage der illegalen Einwanderung nach Italien, aber auch die Reform der Sozial- und Rentenversicherungssysteme und das als Konjunkturprogramm deklarierte Projekt zum Ausbau der Transeuropäischen Netze.

Am 18. Juli 2003 überreichte der Vorsitzende des Europäischen Konvents Valéry Giscard d'Estaing die „Erklärung von Rom", den vollständigen Entwurf des Verfassungsvertrags, der italienischen Regierung in ihrer Funktion als Ratspräsidentschaft. Dabei würdigte d'Estaing das Engagement seines Stellvertreters Giuliano Amato, des Vertreters der italienischen Regierung im Konvent Fini, des Senatsvertreters Lamberto Dini und seines Kollegen aus dem Abgeordnetenhaus Marco Follini. Giscard d'Estaing forderte die italienische Regierung dazu auf, die Ver-

handlungen nur auf höchster politischer Ebene zu führen, den Entwurfstext nicht anzutasten und schlug den 9. Mai 2004 als Datum der Unterzeichnung der Verfassung in Rom vor.[6] Dies ist ein strategisches Ziel der italienischen Regierung: Einerseits will man die neue rechtliche Basis der europäischen Integration entsprechend der Tradition der Römischen Verträge in der italienischen Hauptstadt legen („Von Rom bis Rom") und andererseits verspricht sich die Regierung Berlusconi einen besonderen Imagegewinn von der Unterzeichnung des Verfassungsvertrags im eigenen Land. Dieser weitgehend innenpolitisch zu vermarktende Prestigeerfolg wurde teilweise aber bereits über die Medien konsumiert. Der Zeitkorridor für die Unterzeichnung des Vertrags von Rom liegt zwischen dem 1. Mai 2004 (Beitritt der neuen Mitglieder) und Anfang Juni 2004 (vor den Europawahlen). Aus dem Wunsch heraus, einen Vertrag von Rom durchzusetzen, ergibt sich für den italienischen Ratsvorsitz ein Zeitplan für Verhandlung und Abschluss der Regierungskonferenz,[7] der nur mit viel Disziplin zu erreichen ist.

Innenpolitische Rückschläge für die Koalition

Nach den für die Regierung verlorenen Kommunal-, Provinz- und Regionalwahlen vom Juni 2003 schaltet sich auch EU-Kommissionspräsident Romano Prodi wieder stärker in die italienische Innenpolitik ein. Er wird als Herausforderer Berlusconis für die nächsten Wahlen, voraussichtlich im Frühjahr 2006, gehandelt. Prodi stellt sich als Kompromisskandidat der Mitte-Links-Opposition dar, die bereits länger vergeblich auf der Suche nach einer neuen Identifikationsfigur ist. Dabei gilt als ziemlich sicher, dass der Kommissionspräsident nicht für eine weitere Amtszeit in Brüssel vorgeschlagen wird. Inwieweit die Opposition sich allerdings Hoffnungen auf einen Erfolg mit einem Spitzenkandidaten Prodi machen darf, bleibt fraglich. Ehemalige Ministerpräsidenten, Prodi war von 1996 bis 1998 Regierungschef, gelten in Italien allgemein als verbraucht und nicht wieder wählbar. Zumal besitzt Prodi keine Hausmacht unter den italienischen Parteien, auch wenn er das versucht wettzumachen, indem er die Opposition dazu auffordert, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und den Kommunal- und Provinzwahlen 2004 unter dem Dach seines Wahlbündnisses Ulivo anzutreten.

Der Triester Kaffeeunternehmer Riccardo Illy hat sich mit dem Wahlsieg in der Region Friaul-Julisch-Venetien im Juni 2003 ebenfalls als Spitzenkandidat der Opposition empfohlen. Er geht politisch weitgehend unverbraucht nun in die „Landespolitik" Italiens, nachdem er Bürgermeister Triests war. Illy gilt als Konsenskandidat von Mitte-Links, dem es durch Sachpolitik gelingt, die recht unterschiedlichen Parteien unter einem Hut zu halten.

Die jüngste Wahlniederlage der Regierungsparteien bestätigt einen seit über einem Jahr andauernden Trend, wonach die Opposition trotz ihrer Führungskrise wieder mehrheitsfähig werden könnte. Eine Nagelprobe könnten die Wahlen zum Europäischen Parlament darstellen, denen nach der italienischen Ratspräsidentschaft eine größere Bedeutung zukommen dürfte.

Das dringendste Reformprojekt der italienischen Regierung, die Sanierung der staatlichen Altersversorgung, ist im Juli 2003 auf Druck des Koalitionspartners Lega Nord vertagt worden. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzplanung,[8] die bestimmend für die Ausarbeitung kommender Etatentwürfe ist, besteht laut Medienberichten[9] größtenteils aus kreativer Buchführung durch die Erzielung von finanzpolitischen Einmaleffekten. Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti konnte sich bei den Koalitionspartnern auch nicht mit Konjunktur stimulierenden Maßnahmen durchsetzten, obwohl Italien sich am Beginn bzw. bereits in einer wirtschaftlichen Schwächephase[10] befindet.

Italien und der Irak

Italien nahm im Irakkonflikt eine aktive Position an der Seite der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Spaniens im Kontrast zu Deutschland und Frankreich – Rom gehörte auch zu den Mitunterzeichnern des Briefs der Acht – ein. In der Praxis fiel Roms Solidarität gegenüber Washington während des Irakkriegs eher spartanisch aus: So wurde eine militärische Unterstützung der USA kategorisch ausgeschlossen und italienische Basen, auch die von den Vereinigten Staaten genutzten, wurden für direkte Angriffshandlungen gegen den Irak gesperrt.[11]

In Geheimverhandlungen mit Washington über eine spätere Entsendung von Militäreinheiten erhielt Rom auch Mitsprache in der provisorischen Verwaltung des Iraks. Unter dem Namen „Operazione Antica Babilonia" nimmt Italien in der Folge an der Seite der Vereinigten Staaten an Besatzung und Befriedung des Iraks teil. Vorbild für diese Mission ist der erfolgreiche Einsatz eines multinationalen Verbandes unter italienischer Führung im Jahr 1997 zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in Albanien. Am 10. Juni 2003 wurde das Kontingent im süditalienischen Caserta verabschiedet. Voraussetzung für die Entsendung von Hilfspersonal und Militär im Rahmen einer humanitären Operation[12] war das Ende des kriegerischen Konflikts, das formal mit der Erklärung von US-Präsident George W. Bush vom 1. Mai 2003 erreicht war. Erster konkreter Schritt war die Entsendung von 15 Carabinieri, die den Aufbau eines Feldlazaretts in Bagdad beschützten. Das italienische militärische Kontingent in der Stärke von knapp 3.000 Mann ist im Südirak, im von Großbritannien kontrollierten Sektor, eingesetzt. Missionsauftrag ist die Schaffung und der Erhalt eines sicheren Umfelds, Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung im Rahmen polizeilicher Aufgaben, Minenräumung, Suche nach biologischen und chemischen Waffen, medizinische Hilfe und der Aufbau der öffentlichen Infrastruktur. Mit dem italienischem Engagement im Nachkriegs-Irak ist auch die umstrittene Vergabe von Aufträgen zum Wiederaufbau der Infrastruktur in erster Linie an Unternehmen aus den Ländern der Kriegskoalition und ihrer Unterstützer verbunden.

Im Vorfeld des so genannten Pralinengipfels Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs über Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 29. April 2003 versuchte Außenminister Franco Frattini, diesen Gipfel allen EU-Staaten zu öffnen, um die Viererinitiative wieder in den gemeinsamen EU-Rahmen zurückzu-

führen. Als der Gipfel dann im Kreis der Vier stattfand, kritisierte Frattini die beteiligten Staaten und drohte damit, gegebenenfalls zusammen mit Großbritannien und Spanien eine Gegeninitiative zu starten.

Ausblick und Perspektiven

Die Europäer brauchen Interpretationshilfe, um den europapolitischen Kurs der Regierung in Rom zu verstehen. Dabei stellt sich die Frage nach Ziel und Konzept, das Ministerpräsident Berlusconi gegenüber Europa verfolgt. Folgende teils alternative, teils sich ergänzende Thesen können angeboten werden:[13]

- Instrument EU. In Fortführung der Anfang 2002 ausgegebenen Losung eines „pragmatischen Kurses" wird Italien zu einem der schwierigeren europäischen Verhandlungspartner: Jeder europäische Beschluss, jede Reform der bestehenden Politiken muss einen messbaren Vorteil für Rom erbringen. Entsprechend hart wird die Verhandlungsstrategie ausgerichtet. In wechselnden Allianzen verbündet sich Italien mit anderen Mitgliedsländern, die nationale finanzielle Interessen über das Gemeinschaftsinteresse stellen.
- Das britische Modell: Roms Regierung versucht vorsichtig weitere politische Integrationsschritte der EU zu verhindern. Damit sollen einerseits nationaler politischer Entscheidungsraum und andererseits die wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben, gewahrt bleiben. Hier erweist sich allerdings Italiens volle Mitgliedschaft in allen Integrationsprojekten (Währungsunion usw.) als schwierig, da bei konsequenter Umsetzung einer solchen Strategie Rom als Blockierer offensichtlich würde.
- Transatlantische Vision: Das italienische Kabinett setzt sich nicht nur aus europakritischen, sondern auch stark atlantizistisch geprägten Politikern (zum Beispiel Verteidigungsminister Antonio Martino) zusammen. Ministerpräsident Berlusconi selbst hat bewiesen, dass er im Zweifelsfall die Beziehung zu Washington über die EU stellt. Motiv dafür ist ein Ausweg aus einer teilweisen innereuropäischen Isolation der Regierung Berlusconi. Die Annäherung an die Vereinigten Staaten verspricht globale Partnerschaft, wenn auch keine globale Leadership.
- Expansion des Westens: Italien bestreitet immer noch einen Großteil seiner nationalen Sicherheit durch die Mitgliedschaft in der Nato. Obgleich Nato und EU unterschiedliche Qualitäten der Integration besitzen, werden beide Organisationen als Instrument betrachtet, um durch ihre Erweiterung den Westen auszudehnen und damit neue Staaten dieser Schicksalsgemeinschaft zuzuführen. Das Resultat dieser Expansion ist in erster Linie mehr Sicherheit. Der Konzeption des Westens liegt hier nicht nur ein kultureller, sondern auch politischer Begriff zu Grunde. Strategisches Ziel kann hier wie auch in der folgenden These die Einbindung Russlands in die EU und damit den Westen sein.
- Verflachung der EU: Berlusconis Großerweiterungsabsichten der EU (Israel, Russland usw.) haben den Zweck, einerseits ein Minimum an Stabilität im Rahmen einer großeuropäischen Wohlstandszone zu erzeugen. Andererseits ist

der Effekt einer massiven Schwächung der politischen Institutionen und Strukturen der EU mit einkalkuliert bzw. sogar beabsichtigt. Im Endergebnis wird eine große Zone relativer Stabilität geschaffen, dafür aber die Möglichkeit eines mit Staatsqualitäten ausgestatteten Europas geopfert.

Die EU-Ratspräsidentschaft Italiens ist untrennbar mit der italienischen Innenpolitik verbunden: Europa erlebt einen Regierungschef, der die Ressourcen seines Amtes für sein persönliches Wohl einsetzt. Dies steht klar im Gegensatz zum allgemeinen Auftrag eines Politikers, seine Person in den Dienst des Landes zu stellen. Italien steht jetzt ein halbes Jahr lang unter verstärkter Beobachtung der Regierungen, Öffentlichkeit und Medien seiner EU-Partner. Entsprechend sensibel wird Roms Innenpolitik wahrgenommen, auch um die Europapolitik vor inneritalienischen Konflikten zu schützen. Die Argumentation, sich Kritik an der italienischen Innenpolitik zu verbitten, kann als Verteidigung der Ratspräsidentschaft nicht ausreichen, da auch die alten EU-Mitgliedstaaten an den für die Beitrittsländer aufgestellten Kopenhagener Kriterien gemessen werden. Damit ist die Innenpolitik jedes EU-Mitglieds automatisch auch Gegenstand der Europapolitik.

Für die Regierung in Rom bedeutet das, entweder in Arbeitsweise und Stil die Rolle des ehrlichen Maklers der Ratspräsidentschaft wahrzunehmen oder eine Konfrontation mit Institutionen und Staaten der EU zu riskieren, an der die EU, Italien und seine Partner Schaden nehmen würden. Es bleibt aber fraglich, ob Italien seine nationalen Interessen für sechs Monate der EU wird unterordnen können, nachdem auch das zurückliegende Jahr Rom europapolitisch durch eine Bazar- und Blockadepolitik – stellvertretend sei hier die Frage der gemeinsamen Zinsbesteuerung genannt[14] – auszeichnete.

Die Situation wird gegenwärtig als so kritisch wahrgenommen, dass die Kommission[15] aktiv geworden ist, um die italienische Präsidentschaft bei der Erledigung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Gleichzeitig mehren sich die Stimmen in der Öffentlichkeit, die wegen der Präsidentschaft Italiens nicht nur Schaden für die EU befürchten, sondern auch bereits feststellen.[16]

Fazit

Große Erwartungen an die italienische EU-Ratspräsidentschaft wurden nicht gestellt. Mit der Regierungskonferenz über den Konventsentwurf gilt es eine europapolitische Pflicht zu absolvieren. Nicht Italien, sondern Ministerpräsident Silvio Berlusconi legte einen historischen Fehlstart hin. Die bereits vorsichtige „Augen zu und durch!"-Taktik der europäischen Partner und der EU-Institutionen ist gescheitert.

Berlusconis Äußerungen im Europäischen Parlament müssen beachtet werden, wenn er Abgeordnete als Demokratietouristen bezeichnet. Diese Aussage bringt den Ratsvorsitz in Konflikt mit dem ohnehin sensiblen Parlament. Die EU-Partner können dem nicht wortlos zusehen, nicht nur aus europäischer Verantwortung heraus, sondern auch aus den bisherigen Erfahrungen mit Berlusconi. Dem italieni-

schen Ministerpräsidenten fehlt eine politische Idee für Europa. Stattdessen hängt er einem zivilisatorischen Konzept des Westens nach.

Unbeschadet dessen ist bei italienischen Unternehmern, großen Teilen der politischen Klasse und den Meinungsführern im Land – darunter viele Intellektuelle aus Kunst und Kultur – das Bewusstsein der engen Verknüpfung zwischen Italien und der EU und ihrer Unauflösbarkeit tief verwurzelt. So sind sich die Italiener im Durchschnitt teilweise stärker als ihre Nachbarn des postnationalen Charakters der EU und ihrer Mitgliedstaaten bewusst. Aus innenpolitischen Gründen gibt es auch keine Alternative zu Europa. Zu sehr hängt die Frage der Modernisierung Italiens und damit auch der nationalen Existenz von der EU ab. Nicht umsonst wurde das Politikprinzip des „Brüsseler Umwegs" von Rom in der Vergangenheit massiv praktiziert. Dieser „Brüsseler Umweg" besagt, dass aufgrund innenpolitischer Blockaden und Lähmungen Zukunftsentscheidungen im Rahmen der europäischen Integration getroffen werden. Daraus resultiert der große Rückhalt der Italiener für die EU und die traditionelle Integrationsfreudigkeit.

Wenn die Regierung in Rom ihre europakritische Haltung während des EU-Ratsvorsitzes weiter fortführt, ist das das Ergebnis einer universalen Staatskrise Italiens. Im Jahr 2000/2001 schmiedete Berlusconi seine Koalition, die mit der Forza Italia aus einem Wahlverein des Ministerpräsidenten und mit der Lega Nord aus einer separatistischen und europafeindlichen Partei besteht. Mit diesen Partnern lässt sich eine großen Aufgaben entsprechende Europapolitik nicht machen. Fini und seine AN stechen hier als gemäßigte und stabilisierende Kräfte hervor.

Seit Amtsantritt im Juni 2001 hat die Regierung Berlusconi viel europapolitisches Kapital, das Rom in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erwirtschaftet hat, verspielt. Die Glaubwürdigkeit Italiens in der EU steht auf dem Spiel. Im Interesse der Europäischen Union und ihrer alten und neuen Mitgliedstaaten ist zu wünschen, dass die italienische Ratspräsidentschaft dennoch ihre Aufgaben erfüllt und ein Erfolg wird.

Anmerkungen

1 Unter anderem verunglimpfte der für Tourismus zuständige Staatssekretär Stefano Stefani deutsche Touristen pauschal. Stefani musste sein Amt aufgeben.

2 Consiglio dell'Unione Europea: Programma operativo del Consiglio per il 2003. Presentato dalle Presidenze greca e italiana, 15881/02 POLGEN 83.

3 Comunicazioni del Governo sulle linee programmatiche in vista del semestre di Presidenza dell'Unione europea, auf: http://www.camera.it/_dati/leg14/lavori/stenografici/sed330/s200.htm.

4 Europa: Cittadini di un Sogno Comune, Programma della Presidenza Italiana del Consiglio dell'Unione Europea, auf: http://www.euitaly2003.it/NR/rdonlyres/1745E17F-2384-4ACC-A2E6-6E5EFBF2AED6/0/ProgrammaPresidenza_de.pdf.

5 „A European Action for Growth" oder „Piano Tremonti". Dieser Plan sieht vor, bis zum Jahr 2010 für knapp 240 Milliarden Euro aus öffentlich-privater Mischfinanzierung transeuropäische Verkehrsachsen zu identifizieren und zu modernisieren bzw. auszubauen.

6 Agence Europe, Bulletin Quotidien Europe Nr. 8505; dass die Verfassung in Rom unter-

zeichnet wird, beruht auf einem Briefwechsel zwischen Italiens Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi und Giscard d'Estaing ab dem 24. März 2003.

7 Eröffnet wird die Regierungskonferenz am 4. Oktober 2004.

8 Documento di Programmazione economico-finanziario (DPEF), unter: http://www.governo.it/GovernoInforma/Dossier/DPEF_2004/index.html.

9 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 18. Juli 2003: „Italien verzichtet auf Reformen" und Handelsblatt vom 17. Juli 2003: „Italien lässt die Finger von tiefen Einschnitten".

10 Im Mai 2003 brach die Industrieproduktion um 1,6 Prozent (Eurozone -0,7 Prozent) ein.

11 Vgl. die sechs Punkte des Consiglio Supremo di Difesa unter: http://www.repubblica.it/online/politica/italiairaqdieci/consdif/consdif.html.

12 Comunicazione su „L'impiego di un contingente militare nell'ambito dell'intervento umanitario italiano in Iraq" del Ministro della Difesa, On.le Prof. Antonio Martino, alle commissioni esteri e difesa del senato e della camera, riunite in seduta congiunta, 14. Mai 2003.

13 Diese Thesen sind Ergebnis von Hintergrundgesprächen und des Vortrags von Paolo Gianfelici auf dem Europa-Forum „Russland und die EU – Neubewertung der russisch-europäischen Beziehungen während der italienischen Ratspräsidentschaft?" der Akademie für Politik und Zeitgeschichte der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. in München am 1. Juli 2003.

14 Im Sinne eines sprichwörtlichen Kuhhandels verlangte Rom im Gegenzug eine Erhöhung der Milchquoten.

15 In der Folge des Straßburger Eklats forderte Kommissionspräsident Prodi den italienischen Ratsvorsitz auf, mutige Vorstöße in der Europapolitik zu unternehmen.

16 Vgl. Heather Grabbe in: The Times vom 8. Juli 2003: „Silvio's slapstick roadshow is an insult to the EU".

Weiterführende Literatur

DiQuirico, Roberto: L'Italia, l'Europa e la Presidenza dell'Union Europea del 2003, Paris 2003.

Giustizia e pace, guerra e regime, MicroMega 2/2003, Roma 2003.

Italia Stile Libero, liMes 5/2002, Roma 2002.

Masala, Carlo: Probleme, Positionen und Perspektiven der italienischen EU-Präsidentschaft, in: Politische Studien 389 (Mai/Juni 2003), S. 83-90.

Rill, Bernd (Hrsg.): Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 37, Akademie für Politik und Zeitgeschichte der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2003.

The Economist: Unfit to lead Europe, May 8th 2003.

Tuccari, Francesco (a cura di): Il Governo Berlusconi – le parole, i fatti, i rischi, Roma/Bari 2002.

http://www.euitaly2003.it

http://www.europa2004.it

http://www.igirotondi.it/